



Bayerischer Beamtenbund e.V.
im Deutschen Beamtenbund
Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Rolf Habermann • Lessingstraße 11/II • 80336 München • Tel. 089-552588-0 • Fax 089-552588-50

Handy: 0171-2318908

Stand: 22.06.2009 17:15

B e g r ü ß u n g s a n s p r a c h e
des BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann
BBB-Hauptausschuss
am 22. Juni 2009, München
Sperrfrist 22. Juni 2009, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort !

Mein besonderer Gruß und Dank gilt natürlich Ihnen, **sehr geehrter Herr Staatsminister**. Es ist die erste Sitzung unseres Hauptausschusses nach Ihrer Berufung in Ihr inzwischen schon nicht mehr ganz so neues Amt. Und es fügt sich wirklich gut, dass hier der Finanzminister, der nach der Geschäftsordnung der Staatsregierung auch für Fragen des öffentlichen Dienstes zuständig ist, zu den Delegierten spricht.

Unser Hauptausschuss ist nach dem Delegiertentag das zweithöchste Organ des Bayerischen Beamtenbundes. In ihm ist gewissermaßen die „**Spitze**“ **unserer rund 60 Mitgliedsgewerkschaften** vertreten, die organisatorisch unser gesamtes Staatswesen einschließlich der Kommunen abdecken. **Für eine Verbreitung dessen, was Sie uns zu sagen haben, ist also bestens gesorgt.**

Es ist dies heute nicht das erste Mal, dass ein Minister unseren Hauptausschuss beehrt. Es ist aber **wohl das erste Mal, dass uns ein Finanzminister so willkommen war, wie das heute der Fall ist.**

In Ihre noch kurze Amtszeit fallen **drei für uns wichtige Ereignisse.**

Zum einen die **Anpassung der Besoldung und Versorgung** an die allgemeine Einkommensentwicklung kombiniert mit der **Fortführung der Altersteilzeit**; zum anderen die **Ankündigung, die Wochenarbeitszeit wieder auf ein vergleichbares Maß zum Arbeitnehmerbereich zurückführen** zu wollen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch die von Ihrem Vorgänger Erwin Huber – hier vor diesem Gremium vor einem Jahr angekündigten - **Beförderungsmöglichkeiten im Vorgriff auf das Neue Dienstrecht in Bayern**. Diese wurden im Umfang von **18.000 zusätzlichen Beförderungen** inzwischen im Doppelhaushalt 2009/2010 beschlossen. Das schafft Vertrauen für weitere Schritte.

Herr Staatsminister, Sie und Ihr Haus sind dabei, die mit **uns und allen damaligen Landtagsfraktionen gemeinsam erarbeiteten Eckpunkte für das Neue Dienstrecht in Bayern jetzt in Gesetze umzusetzen**. Der Ressortentwurf wurde uns letzte Woche zugestellt. Nach ausführlicher Diskussion mit den Spitzenorganisationen soll es mit der Billigung des Parlaments 2011 in Kraft treten.

Wir haben Ihnen - und auch dem Koalitionspartner - zu **danken**, dass Sie die **fällige Anpassung der Beamtenbezüge trotz der alles überschattenden Wirtschaftskrise ohne Wenn und Aber auf den Weg gebracht** haben. Dieser **Dank richtet sich auch an den Ministerpräsidenten sowie den Koalitionspartner**. Sie haben konsequent und richtig gehandelt, weil der gesetzliche Anpassungsanspruch in dieser Höhe bereits seit Mitte des letzten Jahres bestand. Sie haben den **Mut zu einer gegenwärtig unpopulären Maßnahme an den Tag gelegt. Das zeichnet Sie in unseren Augen besonders aus. Bitte lassen Sie das auch den Herrn Ministerpräsidenten wissen**.

Wir begrüßen darüber hinaus, dass das **bewährte Instrument der Altersteilzeit über das vorgesehene Verfallsdatum hinaus erhalten bleiben soll**, wenn auch mit veränderten Modalitäten. Auch das ist vernünftig und richtig; allein schon die damit verbundene Verminderung der gesundheitsbedingten Frühpensionierungen belegt das. Auch die damit verknüpfte Verbesserung der Altersstruktur unseres öffentlichen Dienstes ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Wenn die von Ihnen vertretene Partei in der jüngsten Zeit in der Wählergunst deutlich zurückgefallen war, dann lag das nicht zuletzt daran, dass insbesondere im Anschluss an

die überzeugend gewonnene Landtagswahl 2003 ein **unausgereifter und rücksichtsloser politischer Aktionismus an den Tag gelegt wurde, der kaum eine Berufs- und Bevölkerungsgruppe verschont hat**. Darin sind sich alle politischen Beobachter einig. Den Auswirkungen dieser Politik heißt es nun entschieden entgegenzutreten. Einer der Hauptgeschädigten war der Beamtenbereich, dem nicht nur eine in **vielen Punkten unverständliche Verwaltungsreform** in aller Hektik aufgezwungen, dem u. a. eine **unvorbereitete Umstellung des gymnasialen Bildungsweges** zugemutet und nicht zuletzt eine **nochmalige Verlängerung der Wochenarbeitszeit trotz aller begründeten Warnungen aufgezwungen** wurde, obwohl bereits seit 1994 ein deutlicher Abstand zum Arbeitnehmerbereich zu Lasten der Beamten bestand.

Die Gerichte haben diese verdeckte Besoldungskürzung – nicht unerheblichen Ausmaßes – durchgehen lassen, weil sie in der Besoldung keine Gegenleistung zur geleisteten Arbeit sehen. Das **sehen – und fühlen** – unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort aber **anders!** Sie werden **Woche für Woche daran erinnert, dass die Staatsregierung in dieser Frage mit ihnen umgesprungen ist, als seien sie rechtlos**. Die Idee des Berufsbeamtentums wurde damit beschädigt. **Denn es beruht auf besonderer Loyalität und nicht auf eingefordertem vorbehaltlosen Gehorsam**.

Das waren **politische Fehlgriffe** der besonderen Art. Wir sind deshalb hochofret, dass der heutige **Finanzminister die Wende in der Arbeitszeit maßgeblich unterstützt und unser jetziger Ministerpräsident in seinem Handeln standhaft bleibt, auch wenn das mitunter wenig erbauliche Schlagzeilen auslöst**.

Jetzt ist **nicht die Zeit für halbherziges Handeln oder Zögern**. Der politische Gewinn der seinerzeitigen Ankündigung, die Wochenarbeitszeit der bayerischen Beamtinnen und Beamten wieder auf ein gängiges Maß zurückzuführen zu wollen, **darf nicht verspielt werden**.

Wir erwarten, dass **schnellstmöglich die Arbeitszeit im bayerischen öffentlichen Dienst wieder harmonisiert wird, d. h. dass sie für die Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden die Woche zurückgeführt wird**. Wir wissen, dass das **nicht überall gleich**

möglich sein wird und sind deshalb für kurzfristige Übergangslösungen offen und jederzeit geschäftsbereit.

Eines möchte ich aber schon vorab klarstellen: **Wir lassen uns nicht mit dem Argument abspeisen, das alles dürfe kein Geld kosten !**

Die Methode, wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass, kann nicht funktionieren. Im Zweifel rechnen wir damit auf, was wir **unserem Dienstherrn seit 1994 durch die Arbeitszeitverlängerungen an Mitteln erspart haben**. Wir bitten deshalb ebenso herzlich wie dringend darum, die Rückführung der Wochenarbeitszeit **mit Elan anzugehen und um einen möglichst kurzfristigen Abschluss dieses Prozesses besorgt zu sein**. Andernfalls gerät die Wohltat zum Ärgernis.

Das möchte ich uns, sehr geehrter Herr Finanzminister , beiden nicht wünschen. Dabei hoffe ich auch auf Unterstützung aller Landtagsfraktionen.

Nur zur Erinnerung:

Mit Ausnahme der CSU hatten sich im Vorfeld der Landtagswahl 2008 **alle derzeit im Landtag vertretenen Fraktionen für eine Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung ausgesprochen**.

Wir hoffen, dass nur in der CSU ein Sinneswandel stattgefunden hat, den wir natürlich sehr begrüßen. Einen erneuten Wahlbetrug – diesmal dann allerdings außerhalb der Mehrheitsfraktion - darf es nicht geben. **Bleiben Sie alle standhaft !!**

Und eines sei unmissverständlich festgestellt:

Bei den damaligen Arbeitszeitverlängerungen hat niemand im Entferntesten daran gedacht, uns einen Ausgleich dafür zu geben, **Deshalb verbietet sich heute auch jegliche Diskussion um eine eventuelle Gegenfinanzierung der Rücknahme der 42-Stunden-Woche !**

Das wäre mit dem BBB nicht zu machen !

Gleiches gilt für das **Neue Dienstrecht**. Mit den gemeinsam erarbeiteten „Eckpunkten“ haben wir ein Maß an Übereinstimmung erreicht, das jedenfalls in der Geschichte des Bayerischen Beamtenbundes das Prädikat „einmalig“ verdient. Wir sollten das als einen Erfolg für beide Seiten werten, der bei der jetzt anstehenden Umsetzung in Gesetzesform

nicht auf's Spiel gesetzt werden sollte. Dieser Erfolg kommt auch nicht von ungefähr. Er ist der krönende Abschluss eines sich über Jahre hinziehenden Prozesses weg von einer Politik des Verordnens hin zu **einer Politik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit**.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Unsere Gespräche im Rahmen der Bezügeanpassung geben mir die Gewissheit, dass wir uns auf **einem guten Weg** befinden. Es ist auch für den Dienstherrn ein unbestreitbarer Vorteil, wenn mit der maßgeblichen Vertretung der Beschäftigten – und für den Beamtenbereich sind wir das allein, wie die Organisationsquoten und auch die Personalratswahlen seit Jahrzehnten ausweisen – ein Klima der Kooperation und nicht der Konfrontation vorherrscht. **Das kommt beiden Seiten, insbesondere jedoch den betroffenen Beschäftigten zugute**. Das schließt nicht aus, dass es auch immer Differenzpunkte geben wird. Das gilt auch für das Neue Dienstrecht. Wo wir zugestimmt haben, werden wir uns daran halten, wie wir auch umgekehrt erwarten, dass sich Ihr Haus daran hält, was wir im Zuge der Eckpunkte verabredet haben. Dies gilt vor allem für die Zusage, dass niemandem etwas genommen wird und Verbesserungen nicht durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden. Ich habe daran aber nicht den geringsten Zweifel !

So möchten wir es auch in Zukunft halten, sehr geehrter Herr Finanzminister. Unsere bisherigen Kontakte haben mich davon überzeugt, dass wir in **guter und verständnisvoller Zusammenarbeit** auch die gesetzliche Ausformung und Umsetzung des Neuen Dienstrechts bewältigen werden, jedenfalls biete ich Ihnen hierzu unsere Bereitschaft und Unterstützung an. Ich setze darauf, dass wir in den noch offenen und teils auch kontroversen Punkten zu Lösungen kommen, die für beide Seiten akzeptabel sind.